

## Einleitung

*Sebastian Harnisch und Joachim Schild*

„For one thing, U.S. leadership is not really threatened, although it is undergoing qualitative changes. Moreover, as Herbert Stein has rightly pointed out, the American concern about losing preeminence confuses leadership with dominance and economic strength with economic monopoly. Put differently, these worries look at today's world of international relations – shaped by the dynamics of interdependence – through yesterday's lenses of balance-of-power politics among nation states obsessed with territorial insecurity and expansion.“

(Hanns W. Maull, Germany and Japan: the New Civilian Powers, in: Foreign Affairs 1990/91).

In den zwei Dekaden seit der Publikation ist Hanns Maulls Zivilmacht-konzept (1991/91) zum Kernbestand der deutschen und europäischen Außenpolitikforschung geworden. Ausdruck dieses prägenden Einflusses ist, dass Kritiker wie Anwender das Konzept verwenden, aber zunächst weder seine Wurzeln im konzeptionellen Denken François Duchênes anerkennen (Duchêne 1973) noch dessen rollentheoretische Weiterentwicklung angemessen berücksichtigen (Kirste/Maull 1996; Frenkler et al. 1997; Kirste 1998, Harnisch/Maull 2000). Das Konzept wurde in einer Zeit des tiefgreifenden Rollenwandels für die USA und deren Gefolgschaft in Japan und Deutschland entwickelt, um die gegenseitige Bedingtheit der Zivilmächtsrollen, i. e. ihre Sozialität, und deren Veränderung zu beschreiben und als Inspiration für eine „zivilisiertere Außenpolitik“ zu dienen (vgl. Beitrag Maull in diesem Band). Obwohl einige Hoffnungen des Ursprungskonzeptes – die zunehmende Zivilisierung zwischenstaatlicher Beziehungen durch technologischen Fortschritt und wirtschaftliche Interdependenzen – angesichts zerfallender Staatlichkeit und des Aufkommens transnationaler Terrorgruppen überdenkenswert erscheinen, sind viele Einsichten des Zivilmacht-konzeptes aktueller und anschlussfähiger als jemals zuvor.

Hanns Maulls Hauptgedanke ist, dass Staaten auf der Grundlage ihrer historischen Erfahrungen und innerstaatlichen Ordnungen in ihren Beziehungen zu anderen Gemeinwesen eine Zügelung gewaltsamen Konfliktaustrages und eine Verregelung der internationalen Politik anstreben. Als ‚sozialisierte Gemeinwesen‘ der amerikanischen Nachkriegsordnung

bringen Japan und Deutschland besondere ‚zivilisierte Charakteristika‘ mit, weil ihr historischer Versuch der Etablierung einer Gewaltordnung zu einer umfassenden Neuordnung von außen und (in unterschiedlichem Maße) zu gesamtgesellschaftlichen Lernprozessen von innen führte. Zumindest in Europa wurden diese innerstaatlichen Lernprozesse von kollektiven Lernprozessen begleitet, welche die immer tiefer gehende wirtschaftliche und politische Integration an die Stelle der nationalstaatlichen Konkurrenz der europäischen Bürgerkriege des 19. und 20. Jahrhunderts setzten (Maull 1990). Die nationale, europäische und internationale Ordnung, in der die deutsche Außenpolitik nach 1949 reüssierte, war deshalb niemals wertneutral, weil sie in wesentlichen Zügen der ‚doppelten Eindämmung‘ (Hanrieder 1989) diene.

Kontroverser als der Gedanke eines weltgeschichtlichen ‚Zivilisierungsprozesses‘ (Elias 1976; Senghaas 1994; Rittberger/Zangl 1997) war die Überzeugung, dass die Bundesrepublik und Japan für das Zeitalter der Interdependenz nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes besonders gut gerüstet seien, weil sie über ‚Zivilmacht‘ als Ressource verfügten. Diese Ressource, so die Annahme, zeigte sich in dem Bestreben, die internationalen Beziehungen zu zivilisieren und eine regelgeleitete Weltordnung aufzubauen, in der Bereitschaft zur partiellen Souveränitätsübertragung und der Bereitschaft, internationale Normen auch dann zu befolgen, wenn unmittelbare nationale Interessen dagegen sprachen (Maull 1995; Fraenkler et al. 1997; Kirste 1998).

Im Gegensatz zu vielen Realisten und liberalen Theoretikern, die den Aufwuchs deutscher Machtressourcen nach der Vereinigung hervorhoben oder den Wandel gesellschaftlicher Interessen betonten, argumentierte Hanns Maull, dass die Bundesrepublik an ihrer bislang erfolgreichen außenpolitischen Strategie festhalten und trotz Alternativen die Integration Europas im Sinne einer Zivilisierung weiter vorantreiben werde (Maull 2000). Dass Europa selbst im Sinne Duchênes eine ‚zivilisierende Macht‘ nach innen sei, weil es durch seine Institutionen den Machtwettbewerb zwischen den europäischen Nationalstaaten zügele, davon war Maull überzeugt. Dass die Europäische Union nach außen auch als ‚Zivilmacht‘ gedacht werden muss, weil dies angesichts der weltpolitischen Trends und der Interessen der Handelsmacht Europa an einem friedlichen Umfeld geboten sei, dafür stritt er (Maull 2005a, 2006b, 2010).

Ein zweiter zentraler Gedanke in Hanns Maulls Œuvre ist, dass die Bundesrepublik als Zivilmacht immer auf Partner angewiesen sei, da sie selbst nur über bestimmte, d. h. auch begrenzte, Machtmittel verfüge, aber viel wichtiger noch, die Zivilisierung der Politik in Institutionen nur durch

Koalitionen von Gleichgesinnten organisiert werden könne (Kirste/Maull 1996: 303; Maull 2008; Kleine-Brockhoff/Maull 2011). Zum einen verweist dies auf die bereits bei Hedley Bull anzutreffende Kritik am Zivilmacht-konzept von F. Duchêne. Bull argumentierte, dass zivilisierte Mächte nur dann überlebensfähig seien, wenn militarisierte Großmächte in einer besonderen Art internationaler Arbeitsteilung ihre Sicherheit gewährleisten (Bull 1982: 151). Maull und andere insistierten später immer wieder, dass es Zivilmächten nicht um eine Abschaffung militärischer Gewalt, sondern um die Verregelung ihrer Anwendung gehe (u. a. Maull 1993, Philipp 1996), aber die Gleichsetzung einer zivilisierten mit einer idealistischen Außenpolitik blieb lange ein Topos der deutschen und internationalen Zivilmacht-Rezeption (vgl. den Beitrag Maulls in diesem Band). Zum anderen verweist die Notwendigkeit von Partnern darauf, dass effektive Zusammenarbeit im Sinne der Politisierung von Konflikten nur dann möglich ist, wenn Gruppen legitim über ihre Ziele befinden, Ressourcen für deren Erreichung bereitstellen und kollektives oder arbeitsteiliges Handeln organisieren. Dass die „Kunst des Koalitionsschmiedens“ auch auf der internationalen Bühne eine soziale Rolle ist, darauf hat Hanns Maull früh hingewiesen (Maull 2008). Und eine Vielzahl seiner Analysen der letzten Dekade handeln davon, dass die Bundesrepublik trotz mancher Erfolge aufgrund fehlender Partner, aber vor allem aufgrund der Vernachlässigung seiner materiellen und immateriellen Ressourcenbasis die Fähigkeit zu einer aktiven Gestaltungspolitik in und für Europa verloren habe (Maull 2005b, 2006a, 2006c, 2011, 2012).

Trotz seiner Relevanz für die internationalen Beziehungen und die Analyse der deutschen und europäischen Außenpolitik lässt das Werk Maulls (notwendigerweise) einige Kernfragen der aktuellen Politik unbeantwortet. Im April 2013 kamen deshalb einstige Mitarbeiter und jetzige Kollegen zusammen, um das Wirken und die Person Hanns W. Maulls zu würdigen. Auf der Grundlage des Œuvres und mit dem expliziten Ziel, neue Forschungsperspektiven zu eröffnen, sollten drei Themenfelder bearbeitet werden:

- die rollentheoretische Fundierung internationaler Führungsrollen und deren Abgrenzung von bzw. Synthese mit verwandten Konzepten;
- eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik samt ihrer wichtigsten Partnerschaften in Europa sowie

- eine analytische Reflektion der europäischen Außenpolitik gegenüber wichtigen Regionen mit Hilfe von Kernkonzepten aus dem Werk Hanns Maulls.

Dieser Beitrag verfolgt nicht das Ziel eine Zusammenfassung der Konferenzergebnisse zu liefern. Vielmehr greift er wichtige Leitgedanken der Beiträge und Deliberationen auf, die in der Schlussbetrachtung systematischer reflektiert werden sollen.

Erstens, wie lassen sich Führungsrollen von anderen politikwissenschaftlichen Führungskonzepten unterscheiden und wie können diese für die Analyse aktueller deutscher Außenpolitik nutzbar gemacht werden? Hier setzt der Beitrag von Sebastian Harnisch an, der einen rollentheoretischen Ansatz zur Analyse deutscher Führung in der internationalen Gesellschaft entwickelt und dessen Leistungsfähigkeit exemplarisch am Beispiel des Umgangs mit der Eurozonenkrise illustriert. Harnisch versteht Führungsrollen als funktional und zeitlich begrenzt und auf ein Gruppenziel ausgerichtet. Sie sind immer auf die Einnahme der Gegenrolle seitens des oder der Geführten angewiesen. Damit grenzt er diesen rollentheoretisch fundierten Führungsbegriff zum einen von realistischen Hegemoniebegriffen ab, die eine längerfristige Dominanz über andere Großmächte implizieren oder auf die Bereitstellung öffentlicher Güter für andere Akteure dank überlegener militärischer und/oder ökonomischer Ressourcen abheben; zum anderen unterscheidet sich dieser Begriff der Führungsrolle von liberalen, auf die strukturierende Bedeutung von formalen Institutionen abhebende Leadership-Verständnissen, da Führungsrollen auch ohne formale Institutionen und die formale Anerkennung übertragener Kompetenzen auskommen können und als „temporale soziale Positionsübernahmen für bestimmte Zwecke“ gedacht werden, ihnen mithin die Dauerhaftigkeit formaler Institutionen fehlt. Dieses Verständnis von politischer Führung kommt auch in den von Hanns Maull analysierten Beispielen des temporären ‚coalition-building‘ der Bundesregierung in der Europapolitik zum Ausdruck (Maull 2008).

Dirk Nabers unternimmt in seinem Beitrag den Versuch, einen strukturellen Machtbegriff unter Rückgriff auf ein poststrukturalistisches Hegemoniekonzept mit dem Begriff der politischen Führung und dem Identitätsbegriff zu verknüpfen. Dabei interpretiert er Leader-Follower-Beziehungen als „Versuch (...) zumindest temporär und kontingent kollektive Identitäten zu schaffen“, die an gemeinsam verfolgte Projekte geknüpft sind. Es wäre zu prüfen, inwieweit ein solches an Chantal Mouffe und Ernesto Laclau angelehntes Hegemonieverständnis für die konkrete Analyse

deutscher Außen- und Europapolitik fruchtbar gemacht werden kann, etwa für die Analyse der deutschen Führung als hegemoniales Identitäts- und Sinnstiftungsprojekt im Prozess der Bearbeitung der Eurozonenkrise.

Für eine klare Abgrenzung des Führungs- vom Hegemoniebegriff plädiert dagegen Siegfried Schieder in seinem Beitrag. Seine sozialkonstruktivistische Lesart politischer Führung betont deren „benevolenten“ Charakter. Führung habe gemeinsame Ziele, Bedürfnisse und Werte von Führenden und Geführten zur Grundlage, verlange kompromiss- und verständigungsorientiertes Handeln der ‚Leader‘ und beruhe letztlich auf der Legitimität und Anerkennung der Führungsrolle von Seiten der Geführten. Führung im gemeinschaftlichen Handlungskontext der EU impliziert laut Schieder die Bereitschaft zur Solidarität seitens des Führenden. Der Herausforderung, solidarische Führungsleistungen im Kontext der Bewältigung der Eurozonenkrise zu erbringen, sei die Bundesrepublik aber nicht gerecht geworden.

Eine zweite zentrale Frage dieses Bandes zielt darauf, wie sich die zentralen bilateralen Partnerschaften der Bundesrepublik entwickelt haben und welche Rückwirkungen dies auf die deutsche und europäische Politik hat. Hanns Maull betont die Bedeutung der Einbettung der Zivilmachtspolitik in multilaterale Institutionen. Dies gilt in besonderem Maße für die Sicherheitspolitik, die fast ausschließlich im multilateralen Verbund gestaltet werde, so Marco Overhaus. Dabei habe Deutschland nach 9/11 „in der europäischen und internationalen Sicherheitspolitik an Relevanz eingebüßt“, so sein nüchterner Befund. Insbesondere habe der Gestaltungswille im Umgang mit militärischen Krisen nach den Erfahrungen mit dem Afghanistanengagement abgenommen, sowohl im Hinblick auf militärische Beiträge als auch hinsichtlich des Bemühens um politische Konfliktlösungen.

Neben dem ‚reflexiven Multilateralismus‘ der Zivilmacht Bundesrepublik hat Hanns Maull stets auch ihre Angewiesenheit auf gut funktionierende bilaterale Beziehungen und starke Partner betont, die ihre Ziele teilen und mitbefördern. Dies gilt in erster Linie für die außenpolitischen Hauptpartner, die USA und Frankreich. Erstere haben sich unter George W. Bush gewiss in wichtigen Kernfragen, vom Irak-Konflikt bis zu wichtigen Fragen internationaler Ordnungspolitik (z. B. Klimaschutz oder Rüstungskontrollregime) von den Zivilmachtzielen der Bundesrepublik entfernt und haben damit die deutsch-amerikanischen Beziehungen erheblichen Spannungen ausgesetzt. Die Beziehungen der Bundesrepublik zu wichtigen Partnerländern werden in den hier versammelten Beiträgen jedoch vor allem im Kontext des Umgangs mit der Eurozonenkrise betrachtet.

Am britischen Beispiel wird im Beitrag von William Paterson deutlich, dass die Verfügbarkeit Großbritanniens als Partner für eine aktive europäische Gestaltungsrolle Deutschlands vor dem Hintergrund der Grundsatzdebatten über die britische Rolle in der Europäischen Union inzwischen sehr fraglich geworden ist. Großbritannien sei unter Premier Cameron in eine Bittstellerposition gegenüber Deutschland geraten, da es für sein Kernanliegen, die Neuverhandlung seiner Beziehungen zur EU, nun auf die Unterstützung Deutschlands, der Zentralmacht Europas, angewiesen sei.

In jüngerer Zeit mehrten sich auch die Zweifel daran, dass Frankreich, privilegierter Partner Deutschlands innerhalb der Europäischen Union, gemeinsam mit der Bundesrepublik europäische Führungsrollen zu übernehmen in der Lage ist, allerdings aus anderen Gründen als dies hinsichtlich Großbritanniens der Fall ist. Die Erosion der wirtschaftlichen Machtbasis Frankreichs und die damit verbundene gewachsene Machtasymmetrie zur Bundesrepublik, so argumentiert Joachim Schild, produziert in Frankreich erhebliche Unsicherheiten in Bezug auf die Definition der eigenen Rolle in der Europäischen Union. Der Status eines Juniorpartners Deutschlands ist jedenfalls mit dem eigenen Selbstverständnis völlig unvereinbar.

Zur Tradition deutscher Außen- und Europapolitik gehört es, auch die bilateralen Beziehungen zu kleineren Partnern zu pflegen und sie aktiv miteinzubinden. Exemplarisch untersucht wird die jüngere Entwicklung bilateraler Beziehungen in diesem Band am Beispiel der Tschechischen Republik (Vít Beneš und Vladimír Handl) und Griechenlands (Christos Katsioulis). Aus griechischer Sicht, so Christos Katsioulis, sei die Übernahme einer Führungsrolle von Seiten Deutschlands zur Bewältigung der Eurozonenkrise gescheitert. Zwar habe Deutschland erfolgreich europäisches Agenda-Setting betrieben, jedoch keine Maklerrolle übernommen, da die von Berlin forcierte Austeritätspolitik von Griechenland kaum freiwillig akzeptiert worden sei. Ein gegenseitiges Vertrauen als Grundlage für die Akzeptanz der Führung seitens der Geführten existiere nicht, Griechenland fühle sich im Hinblick auf die von Berlin verfolgten Ziele nicht als Teil einer Gruppe repräsentiert.

In Tschechien sind – anders als in Griechenland – im Untersuchungszeitraum kaum negative Wahrnehmungen der deutschen Führungsrolle in der Eurozonenkrise zu konstatieren. Nach einem Prozess der Normalisierung der Beziehungen im Rahmen einer „asymmetrischen Partnerschaft“ zum deutschen Nachbarn (seit 1990) werde Deutschland in wirtschaftlicher Hinsicht heute zunehmend als Vorbild wahrgenommen. Es diene

kaum noch als negativer Referenzpunkt. Die Rolle als „negativer Anderer“ und abschreckendes Beispiel habe eher Griechenland übernommen. Tschechien identifiziere sich mit der Gruppe der „soliden“ Nordländer in der EU und unterstütze deren Kurs einer Fiskaldisziplin. Gleichwohl steht Prag kaum als aktiver Partner für die deutsche Europapolitik zur Verfügung. Vít Beneš und Vladimír Handl sehen ihr Land eher in einer „Zuschauerrolle“, die politische Elite des Landes betrachte die Eurozonenkrise als „Krise der Anderen“.

Im Rahmen einer dritten zentralen Fragestellung betrachten mehrere Beiträge die Fähigkeit der Zivilmacht Europäische Union, gestaltend im Sinne der Verfolgung von Zivilmachtszielen auf wichtige Partnerregionen einzuwirken.

Christoph Bertram bescheinigt der Europäischen Union „ungewohnte Einigkeit, Einfallsreichtum und Hartnäckigkeit“ im Umgang mit einer zentralen weltpolitischen Herausforderung, dem iranischen Nuklearkonflikt. Dies gilt insbesondere für die Phase 2003-2005, als die EU im Zentrum der internationalen Konfliktbearbeitung stand. Eine Lösung der iranischen Nuklearproblematik lag jedoch nicht in Reichweite der europäischen Politik, da der Kern des Konflikts im Verhältnis zwischen den USA und Iran läge, so Bertram. Deren Differenzen könne die EU nicht überbrücken. Insofern sei ein europäischer Führungsanspruch bei der Lösung des Irankonflikts „so sympathisch wie vermessen“.

Auf dem Westbalkan sieht Bernhard Stahl mehrere ungenutzt gebliebene „Fenster der Gelegenheit“. Der Europäischen Union sei es nicht gelungen, diese durch eine geschicktere Politik zu nutzen, um die Kosovo-Frage zu entschärfen. Auch wenn er die Hauptverantwortung für die Sezession des Kosovo und die sich daraus ergebenden Konfliktpotentiale den serbischen und kosovarischen Konfliktparteien zuschreibt, sieht er auf Seiten der EU eine Mitverantwortung. Nicht zuletzt aufgrund eines Verlusts an interner Kohärenz im Konfliktverlauf sei es der EU nicht gelungen, eine Alternative zur einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo zu befördern.

Auch in ihrer Afrikapolitik stoße die Zivilmachtorientierung der Europäischen Union auf Grenzen, so Siegmund Schmidt in seinem Beitrag. Zwar träfen die Merkmale einer Zivilmacht auf das Handeln der EU in und gegenüber Afrika weiterhin zu – als Förderer von Menschenrechten, demokratischer Prinzipien und von Good Governance. Auch sei das zunehmende militärische Engagement der EU an Zivilmachtsziele rückgebunden und international legitimiert. Allerdings hätten sich die seitens der EU an die Afrikanische Union gerichteten Erwartungen nicht erfüllt, letztere ha-

be sich kaum zu einem effektiven Partner für die Zivilmacht EU entwickelt. Die EU-Afrikapolitik stagniere aufgrund einer ambivalenten Haltung afrikanischer Regierungen in Menschenrechts- und Demokratiefragen, ihrer Skepsis gegenüber den von der EU propagierten regionalen Freihandelsabkommen und dem damit verbundenen Wirtschaftsmodell sowie der wachsenden Bedeutung alternativer und weniger anspruchsvoller Geldgeber, vor allem der Volksrepublik China.

Sebastian Heilmann, Dirk Schmidt und Jörn-Carsten Gottwald sehen China in ihrem gemeinsamen Beitrag kaum auf dem Weg zu einer Gestaltungsmacht in Kooperation mit der EU. Die Erwartungen an die mit China begründete ‚strategische Partnerschaft‘ hätten sich trotz einer deutlichen Verdichtung der Kooperationsbeziehungen und des bilateralen Institutionengeflechts und trotz komplementärer Interessen nicht erfüllt. Gemeinsame Beiträge zur Global Governance seien unwahrscheinlich, da Chinas außenpolitische Identität schwanke und die EU eher 28 Chinapolitiken als eine kohärente Politik gegenüber Peking verfolge. Zudem fänden sich die EU und China in vielen konkreten Fragen der Global Governance – von der IWF-Reform über die Gestaltung von Wechselkursregimen bis hin zur internationalen Klimapolitik – in unterschiedlichen Lagern wieder.

Eine vertiefte Einordnung und Diskussion der in den vorliegenden Beiträgen skizzierten Herausforderungen und Entwicklungstrends deutscher und europäischer Außenpolitik wird im Schlusskapitel vorgenommen.

\* \* \*

Der vorliegende Band und die zugrundeliegende Konferenz wäre ohne die freundliche Unterstützung vieler Personen und Institutionen nicht möglich gewesen: Zunächst sei dem Jubilar selbst herzlich für seine Bereitschaft gedankt, sich feiern zu lassen und damit seinen inspirierenden Beitrag für die deutsche Politikwissenschaft im In- und Ausland angemessen gewürdigt zu sehen; sodann sei dem Menschen, Kollegen und Lehrer Hanns Maull ein großes Lob gesendet für seine Fähigkeit, eigene Defizite zu erkennen und fremde Defizite konstruktiv zu tolerieren!

Unser Dank gilt natürlich auch den Autoren, die mit ihren Konferenzpapieren eine sehr lebendige und fokussierte Debatte ermöglicht und die sich bereit erklärt haben, ihre Überlegungen für diese Festschrift weiterzuverfolgen und auszuformulieren.

Eine solche Veranstaltung und Sammelbandherausgabe lässt sich kaum ohne finanzielle Förderung realisieren. Gedankt sei an dieser Stelle der ASKO EUROPA-STIFTUNG und dem Freundeskreis der Universität Trier, die eine spannende Tagung in Trier ermöglicht haben.



Darüber hinaus möchten wir uns für die Unterstützung bei der redaktionellen Bearbeitung dieses Bandes und der Typoskriptgestaltung bei Sarah Bremm, Chantal Grede, Matthias Garbert und Caja Schleich bedanken.

### *Literatur*

- Bull, Hedley 1982: Civilian Power Europe: A Contradiction in Terms? In: *Journal of Common Market Studies* 21:2, 149-164.
- Duchêne, François 1973: Die Rolle Europas im Weltsystem: Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz, in: Kohnstamm, Max / Hager, Wolfgang (Hrsg.): *Zivilmacht Europa- Supermacht oder Partner?* Frankfurt/M.: Suhrkamp, 11-35.
- Elias, Norbert 1976: *Über den Prozess der Zivilisation*, 2 Bde., Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Frenkler, Ulf et al. 1997: Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985-1995: eine vergleichende Untersuchung zu Zivilisierungsprozessen in der Triade, Trier (DFG-Projekt "Zivilmächte", Schlussbericht und Ergebnisse), <http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/POL/pubs/civil.pdf> ).
- Hanrieder, Wolfram F. 1989: *Germany, America, Europe – 40 Years of German Foreign Policy*, New Haven u. London: Yale University Press.
- Kirste, Knut 1998: *Rollentheorie und Außenpolitikanalyse, Die USA und Deutschland als Zivilmächte*, Frankfurt/M.: P. Lang 1998.
- Kirste, Knut / Maull, Hanns W. 1996: *Zivilmacht und Rollentheorie*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3:2, 283-312.
- Kleine-Brockhoff, Thomas / Maull Hanns W. 2011: *Der überforderte Hegemon. Ziele und Grenzen deutscher Macht*, in: *Internationale Politik* 66:6, 50-61.
- Maull, Hanns W. 1990: *Japan, Deutschland und die Zukunft der internationalen Politik*, in: Thies, Jochen / van Well, Günther (Hrsg.): *Auf der Suche nach der Gestalt Europas*, Festschrift für Wolfgang Wagner, Bonn: Verlag für Internationale Politik, 171-192.
- Maull, Hanns W. 1990/91: *Germany and Japan – The New Civilian Powers*. In: *Foreign Affairs* 69:5, 91-106.
- Maull, Hanns W. 1993: *Civilian Power: The Concept and Its Relevance for Security Issues*, in: Babic, Lidija / Huldt, Bo (Hrsg.): *Mapping the Unknown – Towards A New World Order (The Yearbook of the Swedish Institute of International Affairs 1992-93)*, Stockholm, 115-131.
- Maull, Hanns W. 1995: *Allemagne et Japon: deux pays à suivre*, in: *Politique étrangère* 60:2, 477-496.
- Maull, Hanns W. 2000: *Germany and the Use of Force – Still a ‘Civilian Power’?* In: *Survival* 42:2, 56-80.
- Maull Hanns W 2005a: *Europe and the New Balance of Global Order*, in: *International Affairs* 8:1 775-799.

- Maull, Hanns W. 2005b: Deutsche Außenpolitik: Zu wenig, zu halbherzig, zu unentschlossen – Wider die Vernachlässigung des außenpolitischen Gemeinwohls, in: Gawrich, Andrea / Lietzmann, Hanns J. (Hrsg.): Politik und Geschichte – „Gute Politik“ und ihre Zeit, (Festschrift zum 65. Geburtstag von Wilhelm Bleek), Münster: Westfälisches Dampfboot 2005, 256-270.
- Maull, Hanns W. (Hrsg.) 2006a: Germany's Uncertain Power, Foreign Policy of the Berlin Republic, Basingstoke und New York: Palgrave Macmillan.
- Maull, Hanns W. 2006b: The Perils of NOT Conceiving EU Foreign Policy as a Civilizing Project, in: Internationale Politik und Gesellschaft 1, 164-172.
- Maull, Hanns W. 2006c: Deutsche Außenpolitik in der Krise, in: Jahrbuch Internationale Politik 2003/2004, München: Oldenbourg, 181-190.
- Maull, Hanns W. 2008: Germany and the Art of Coalition-Building, in: Journal of European Integration 30:1, 131-152.
- Maull, Hanns W. 2010: The European Union as a Civilian Power – Aspirations, Potential, Achievements, in: Ross, Robert S. / Tunsjø, Øystein / Zhang, Tuosheng (Hrsg.): US-China-EU Relations – Managing the New World Order, Abingdon / New York: Routledge, 48-74.
- Maull, Hanns W. 2011: Deutsche Außenpolitik: Orientierungslos, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 21:1, 93-117.
- Maull, Hanns W. 2012: Außenpolitische Entscheidungsprozesse in Krisenzeiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62:10, 34-39.
- Philippi, Nina 1996: Bundeswehr-Auslandseinsätze als außen- und sicherheitspolitisches Problem des geeinten Deutschland, Frankfurt/M.: P. Lang.
- Senghaas, Dieter 1994: Wohin driftet die Welt? Frankfurt/M.: Edition Suhrkamp.